

Protokoll der Diskussion zwischen Unibrennt-Salzburg und dem Rektorat vom 1. Dezember 2009 im HS 381 - geordnet nach Themen.

Beginn ca. 20.00, Ende 22:04 Uhr.

M... Moderation

R... Rektorat

W... Wortmeldung

AGRU... Arbeitsgruppe

CK...Curricularkommission

Vergleich der Forderungen von Unibrennt-Salzburg mit der schriftlichen Antwort des Rektorats & Protokoll der Diskussion

Forderungen Unibrennt-Salzburg

Als offene und kritische Wissensstätte soll sich die Universität Salzburg insbesondere auch durch ein **fortschrittliches und partizipatives Studienrecht** kennzeichnen. Zu diesem Zweck ist vom Rektorat eine **Arbeitsgruppe** unter **gleichberechtigter Mitbestimmung der Studierenden** einzusetzen, welche eine **Satzungsänderung im studienrechtlichen Teil** vorbereitet, um den Bildungscharakter universitärer Studien wieder zu verstärken.

Schriftliche Antwort des Rektorats

Die Bereitschaft von Studierenden, sich an der **Weiterentwicklung des Studienrechts** in Richtung einer **stärkeren Betonung des Bildungscharakters** universitärer Studien zu beteiligen, wird **begrüßt**. Wir schlagen vor, dass der VR für Lehre zu diesem Zweck eine **Arbeitsgruppe** einsetzt, der jeweils **sechs von den Studierenden und vom Rektorat** (unter Einbeziehung des Senats) nominierten VertreterInnen angehören. Diese Arbeitsgruppe sollte **Empfehlungen** erstellen, die – je nach Zuständigkeit – vom Rektorat, Senat oder der jeweiligen Curricularkommission (CK) umgesetzt werden.

Diskussion

M: Frage nach Zeitpunkt der Umsetzung

R: Die Arbeitsgruppe kann „morgen“ eingesetzt werden

W: Wie genau soll sich die Arbeitsgruppe (AGRU) zusammensetzen (paritätisch, Unibrennt-VertreterInnen, ÖH, Senat, Rektorat)?

W: Initiativrecht zur Satzungsänderung liegt beim Rektorat, deswegen war es auch der Adressat der Forderung; welche Kompetenzen hat die AGRU, wird das Erarbeitete sicher eingebracht?

R: Entscheidungsbefugnis an die AGRU zu übertragen geht gesetzlich nicht. Bezüglich der Zusammensetzung: sinnvoll ist eine paritätische Einbeziehungen aller maßgebenden Organe.

W: Selbstverpflichtung zur Anerkennung der Entscheidungen sei möglich. R: Geht nicht.

W: Missverständnis bzgl. Entscheidungsbefugnis: Die Souveränität des Senats soll nicht angetastet werden; es

Im Rahmen der Curricularkommissionen soll bei der Erstellung des **Lehrveranstaltungsangebots** auch jeweils zumindest ein **inhaltlicher Vorschlag der StudierendenvertreterInnen** berücksichtigt werden.

Den **CK** wird **empfohlen**, auf **Vorschläge** der Studierenden im Rahmen der Erstellung des Lehrveranstaltungsangebots besonders **Bedacht zu nehmen**. Die Art und Weise der **Umsetzung** dieser Empfehlung ist **noch zu besprechen**.

Einmal im Semester soll eine **universitätsweite HörerInnenversammlung** unter Beteiligung des Rektorats stattfinden, welche eine Diskussion über

Ab dem SS 2010 wird pro Semester eine universitätsweite HörerInnenversammlung in der geforderten Form durchgeführt. Der konkrete Termin wird im Einvernehmen festgelegt.

geht darum, dass die von der AGRU erarbeiteten Ergebnisse nicht nachträglich geändert, sondern eins zu eins in den Senat getragen werden.

R: Initiativrecht ist nicht übertragbar, es braucht immer den Rektoratsbeschluss; das Rektorat nimmt das Erarbeitete ernst, eine eins-zu-eins Umsetzung kann nicht garantiert werden.

W: Versprechen auf eins zu eins Umsetzung ist möglich und wird von den Studierenden erwartet!

M: Gibt es hierzu konkretere Ideen?

R: Die Souveränität der Curricularkommissionen (CK) muss gewahrt bleiben, in der AGRU können Empfehlungen ausgearbeitet werden.

M: Wann kann das umgesetzt werden?

R: Erst nach Abschluss der AGRU-Tätigkeit.

W: Ist eine studentische Mitbestimmung der Lehre außerhalb der CKs für das Rektorat denkbar?

R: Grundsätzlich ist das möglich, aber die bestehenden Institutionen sollen genutzt werden, es kommt darauf an, was von studentischer Seite angedacht ist.

W: Wenn immer auf die bestehenden, offenbar für unibrennt unzulänglichen Institutionen verwiesen wird, besteht die Gefahr, dass der hier artikulierte Protest nicht in reale Umsetzungen mündet!

R: Verweis auf die wiederhergestellte Drittelparität in den CK und auf die bestehenden Institutionen

R: Aus den Äußerungen des Rektorats kann doch ein vertrauensvolles Klima erwachsen

W: Vertrauen ist keine Garantie und kann jederzeit einseitig zurückgezogen werden

R: Betont seinen wohlwollenden Willen

W: Wie sieht es mit Auskunftspflichten des Rektorats an die Studierenden aus, Entwicklungs- und Organisationsplan, z.B. Wie kann dann studentische Partizipation aussehen?

R: Die Beschlüsse sind studentischen VertreterInnen bekannt, da sie daran mitwirken. Diskussion über die Pläne

universitätsrelevante Entscheidungen, insbesondere in Fragen des **Entwicklungsplan** und **Organisationsplans**, ermöglicht. In dieser ist auch das **Budget** der Universität offenzulegen.

Ergänzend hat eine **HörerInnenversammlung pro Fachbereich** und Jahr mit Beteiligung des FB-Leiters/der FB-Leiterin stattzufinden

Zur Vertiefung des **bildungs- und gesellschaftspolitischen Diskurses** soll im Sommersemester 2010 eine entsprechende **Ringvorlesung** für HörerInnen aller Fakultäten veranstaltet werden, welche im Rahmen bestehender freier Wahlfächer auch **anrechenbar** ist.

Dezidierte Förderung von **Studierenden** in Form von **Einbindung in den Forschungsbetrieb** und durch Schaffung von **Publikationsmöglichkeiten** mit WissenschaftlerInnen des jeweiligen Fachbereichs.

Pro Semester sollte jeder Fachbereich mindestens ein **Forschungsseminar** mit **Publikationsmöglichkeit** anbieten.

Unterstützung von

Die **Fachbereichsräte** sollen für alle Studierenden und MitarbeiterInnen des jeweiligen Fachbereichs **geöffnet** werden. Eine entsprechende **Satzungsänderung** wird bis zur ersten Senatssitzung 2010 **vorbereitet**.

Eine **Ringvorlesung** zur Vertiefung des bildungs- und gesellschaftspolitischen Diskurses im SS 2010 wird **begrüßt**. Es werden dafür **Mittel bereitgestellt**.

Die **Förderung** von Studierenden im Forschungsbetrieb **erfolgt schon derzeit**. Die Studierenden werden eingeladen, an einer **Verbesserung und der Erstellung transparenter Kriterien** mitzuwirken.

wird bewusst vom Rektorat gefördert und die Ergebnisse werden auch veröffentlicht.

R: Keine Erfahrung mit Vollversammlungen, es wird sich herausstellen, wie sich das entwickelt.

W: Satzungsänderung ist nicht korrekt, diese Sache wird im Organisationsplan geregelt.

R: Stimmt.

M: Wieviel Budget?

W: Nicht näher nachgedacht. Grundsätzlich wie bei anderen, in der Vergangenheit finanzierten Ringvorlesungen. Hängt von der Verteilung zwischen interner/externer Lehre ab. Übliche Sätze können jedenfalls gewährleistet werden.

W: Anrechenbarkeit wird auch gewährleistet?

R: Das Rektorat ist dazu bereit. Es muss aber natürlich „normale“ Form der Leistungsüberprüfung geben.

M: Kurze Zusammenfassung des Standpunkts. Frage nach Wortmeldungen?

W: Möchte das Rektorat nicht auf den Punkt der Publikationsmöglichkeiten eingehen?

R: Rektorat hat keinen Überblick über alle FBe. Publikationsmöglichkeiten sind oft sehr unterschiedlich. Uni hat auch Mittel um NachwuchswissenschaftlerInnen zu fördern.

W: Wie kann ein Ausbau gestaltet werden, um dem stärker gerecht zu werden?

W: Bringschuld der Uni. Kommunikation fehlt oft. Man muss im System eingebunden sein, um Förderungsmöglichkeiten zu kennen. Sollte Standards geben für Veröffentlichungen

Konferenzteilnahmen durch Studierende in Form von digitaler **Bereitstellung von gesammelten Calls for Papers** und **finanziellen Förderungen** im Falle von Annahme der Papers.

(im Sinne von Quoten, wieviele Publikationen es geben soll). Auch bei 'Calls for Papers' wäre viel zu tun. Zentrale Stelle soll eingerichtet werden. Wesentlich bessere Kommunikation in LVen ist notwendig. Standards für Mindestanzahlen an Publikationen sollen festgelegt werden. W: Eine Idee könnte sein, einen eigenen Publikationsband der Universität zu veröffentlichen mit ausgezeichneten Arbeiten der Studierenden.

R: Ich bin nicht sicher, ob es sinnvoll ist, dies universitätsübergreifend zu tun. Vielleicht besser auf Fakultätsebene? JuristInnen haben ein Angebot geschaffen, wo Studierenden kostenfrei die Möglichkeit zur Publikation auch in Fachverlagen gegeben wird.

W: Besteht hier auch Kommunikation zw. Rektorat und ProfessorInnen-Kurie? Ähnliche Vorschläge gab es schon an der Politikwissenschaft. Aber Plattform wurde nie geschaffen. Könnte Rektorat hier stärker auf ProfessorInnen einwirken, dass derartige Modelle fachbereichsintern verwirklicht werden.

M: Idee zur Schaffung einer Online-Plattform um Verbesserungsvorschläge zu sammeln.

M2: Eine derartige Plattform könnte auch zur Erhöhung der Transparenz genutzt werden.

R: Diese Diskussionsplattform gibt es im PLUS-Online bereits. Offen bleibt, was konkret verbessert werden kann/soll.

M: Aber Informationen über Publikationsmöglichkeiten müssen auch besser zugänglich gemacht werden.

R: Missverständnis (Diskussionsplattform ist nicht deckungsgleich mit dem Vorschlag der Moderation).

Möglichkeiten zur eigenständigen Information gibt es bereits. Zusage, die FBe stärker zu sensibilisieren. Gibt aber auch schon viele Publikationen der Studierenden.

Internet hat vieles erleichtert. Gibt einfachere Möglichkeiten.

Geteilter Wunsch, möglichst viel des an der Uni

„produzierten“ Wissens an die Öffentlichkeit tragen. Als erster Schritt werden FB-LeiterInnen besser informiert.

Das Rektorat ist daher gefordert, gemeinsam mit der ÖH Salzburg die **Studien- und MaturantInnenberatung** auszubauen und zu **verbessern**.

Nicht-Anwendung des Paragraphen 124b Universitätsgesetz 2002 an der Universität Salzburg (namentlich die Einführung von Zugangsbeschränkungen bei der Kommunikationswissenschaft).

Die durchgeführte **MaturantInnenberatung**, die weitgehend von der ÖH durchgeführt wird, muss **kontinuierlich verbessert** werden. **Kritik und Vorschläge** dazu sind sehr **erwünscht**.

Die **Einführung von Zugangsbeschränkungen** im Rahmen eines Antrags nach § 124b UG 2002 wird mit einer Ausnahme **nicht angestrebt**. Im Fach **Kommunikationswissenschaft** ist die Gewährleistung eines halbwegs

W: Verständnisfrage: Macht alles dieselbe Arbeitsgruppe? Soll die Arbeitsgruppe Studienrecht mit einen exzessivem Auftrag ausgestattet werden?

R: Glaubt nicht, dass es eine eigene AGRU zur Verbesserung der Information an die Fachbereiche braucht. Ist aber offen für Modusfragen. Kann eigene AGRU oder auch ein Online-Forum/Plattform sein.

M: Wenn Bereitschaft da ist, muss nur noch Zeitpunkt geklärt werden.

M: Gibt es mehr Budget für Verbesserung/ Intensivierung der bestehenden Beratung?

W: Die Beratung ist schon sehr gut; unzureichend ist jedoch die Vernetzung mit den Schulen, die bisherigen Formen, wie z.B. der "Tag der offenen Tür" sind nicht ausreichend.

W: Schulerschluss mit den Schulen muss viel enger sein: Thema der Frühförderung soll auf die universitäre Agenda.

W: Möglichkeit, dass Lehrende in die Schulen fahren und dort orientierend wirken?

W: Studieninformation ist gut bei der ÖH aufgehoben, weil sie den engeren Kontakt zur Schule haben, die ÖH Studieninformation könnte zielgruppengerechter gestaltet werden.

W: Die ÖH Studieninformation ist unterfinanziert und zu wenig publik gemacht/beworben.

W: Holschuld liege bei den Schulen.

R: Die Uni ist in diesem Bereich sehr gut aufgestellt, die ÖH hat hier Kompetenzen; die Beratung hat aber auch Grenzen der Wirksamkeit, z.B. bzgl. der Studienwahl; sowohl Schulen als auch Unis sind gefordert; Kontakte mit den SchuldirektorInnen sind gut.

W: Wie viele Studienplätze sind angedacht? Wird es auch das Masterstudium betreffen? Was ist mit dem Psychologie-Master?

R: Zahl der Plätze wird per Durchschnitt berechnet.

Psychologie: Im Masterstudium sind Zugangsbeschränkungen erst recht erforderlich, da sonst

ordnungsgemäßen Studienbetriebs allerdings **derzeit nicht anders möglich**. Die Betreuungsrelationen sind schon jetzt kaum zumutbar und im internationalen Vergleich beschämend. Es ist aber damit zu rechnen, dass die Zahl der StudienanfängerInnen in diesem Fach weiter dramatisch steigen wird. Es handelt sich daher um eine **Notmaßnahme**, um den Studierenden überhaupt ein Studium ermöglichen zu können.

die Betreuung nicht garantiert werden kann. Eine vergleichbare Universität in Deutschland hätte mit dem Personalstand ca. 100 Bachelor- und 60 Master-Plätze.

W: Sind andere Fächer auch betroffen?

R: Derzeit gibt es keine Absichten für Studien außer KoWi und Psychologie.

W: Wie soll ein Aufnahmeverfahren für den Master aussehen?

R: Wir werden das genauso machen, wie beim Bachelor. Die CK wird dem Rektorat Vorschläge unterbreiten. Momentan läuft dort noch der Diskussionsprozess, den ich auch nicht beeinflussen möchte.

W: Ist es möglich die Studierenden mit in die Diskussion einzubinden?

W: Notendurchschnitt, das wäre dem NC sehr ähnlich und sehr abzulehnen. JedeR AnfängerIn an der Psychologie sollte ein Masterstudium betreiben können.

W: Kompetenz liegt beim Rektorat, wird der Vorschlag der CK eins zu eins übernommen?

W: Notendurchschnitt ist nicht sinnvoll. Notenvergabe ist sehr subjektiv.

W: Welche Beschränkungen der Studienplätze sind bei Psychologie angedacht, besonders beim Master? Ein Bekenntnis wäre schön, dass alle die bisher studiert haben auch ihr Studium mit dem Master abschließen können.

W: Beschränkung von Master sehr bedenklich, da es die Mobilität zwischen den Universitäten einschränkt, indem Bachelor-AbsolventInnen der eigenen Universität bevorzugt werden könnten.

W: Man kennt es schon von anderen Universitäten, dass Regeln gefunden werden um hausinterne Studierende zu bevorzugen.

R: Notendurchschnitt nur ein Beispiel, hat sich nicht dafür ausgesprochen. Wird die CK auffordern, eine einschlägige Sitzung abzuhalten. Hat noch keine finale Meinung, hält Notenmindestschnittregelungen aber für nicht besonders gut. Hält auch nichts von Diskriminierung von Bachelor-

Wir fordern das **Rektorat** dazu auf, sich in seinem **öffentlichen Auftreten** (insbesondere auch im Rahmen der Universitätenkonferenz) eindeutig für die **Umsetzung eines freien Hochschulzugangs in Europa** zu positionieren und **einzusetzen**.

Das **Rektorat** bekennt sich zum Ziel, mehr Studierenden als bisher ein Studium zu ermöglichen und **zu einem freien Hochschulzugang mit Ausnahme der Fächer**, in denen es aufgrund der **vorhandenen Ressourcen nicht möglich bzw. verantwortbar** ist (in Salzburg Psychologie und Kommunikationswissenschaft).

AbsolventInnen anderer Universitäten als Zugangsbeschränkung zum Master. Die Anzahl der Studienplätze ist noch offen. In Deutschland ist die Beschränkung der Master-Plätze radikal, nur ca. 60% der Bachelor-Plätze. Masterstudium verursacht einen höheren Personalaufwand als Bachelorstudium. Auch dürfen im Master keine Abstriche bei der Qualität gemacht werden. Personal wird bei der Psychologie ausgebaut, dies soll auch aus den vom Ministerium als Tropfen auf den heißen Stein zur Verfügung gestellten Mitteln passieren.
W: Empfiehlt den Anteil der Uni Salzburg an den 34 Mio. abzulehnen und mehr zu fordern.
W: Morgen Nachmittag ist eine CK-Sitzung an der Psychologie. Öffnung für Interessierte wäre wünschenswert!

W: In der Stellungnahme hat das Wort Europa gefehlt; bitte um Präzisierung.
W: Idee: Exempel statuieren, indem man ein Semester lang das Studium uneingeschränkt öffnet. Dadurch könnte öffentlichkeitswirksam sichtbar werden, dass die Unis zu wenig Geld erhalten und die Notwendigkeit des freien Hochschulzugangs in Europa unterstreichen. Mut ist gefordert, einzutreten dafür, dass falsch Laufendes geändert wird.
R: Hat sich zu europäischer Ebene bereits klar geäußert. Die österr. Universitätenkonferenz hingegen weniger oft als angenommen. ??? (??? = Anmerkung Rektorat – Protokollierung bleibt auch für Uni brennt unklar)
Bitte um Verständnis, dass Studienzugang nur nach vorhandenen Ressourcen möglich ist. Hält es nicht für sinnvoll, einen kompletten Jahrgang auflaufen zu lassen. Uni hat zu wenig Personal für 1.000 Studierende. Aktuelle Situation bereits dreimal schlechter als in D, fünfmal so schlecht wie in F oder GB. Können Betreuungsverhältnisse nicht mehr verantworten. Bezweifelt, dass die genannte Idee nachhaltig etwas verändern würde. Schon seit Jahren wird auf den Skandal der Unterfinanzierung Fächer

hingewiesen. Uni stößt nur auf freundliches Verständnis, aber nichts weiter. Antwort aus dem Ministerium oft: „Dann sperren die entsprechenden Studienrichtungen halt zu“.

W: Können wir diese Ministeriumsaussage schriftlich haben?

R: War im Zuge der LV-Vereinbarungsverhandlungen. Daher nicht protokolliert.

W: KoWi hatte immer schon viele Studierende. War absehbar, dass KoWi sich so entwickeln wird. Institut schon vor 20 Jahren zu klein. Uni hat hier geschlafen. Unipark Nonntal schon wieder zu klein. Beispiel der ÖH-Räumlichkeiten: 90 qm für alle StVen und FVen. Warum ist Uni hier so kurzfristig?

R: Ja, Uni weiß schon lange um Probleme bei KoWi. Aber Uni hat keine Gelddruckmaschine. KoWi ausbauen, hieße andere Richtungen sterben lassen. Mischvariante möglich? Betont nochmals, dass Ausbau der großen Fächer (Kowi, Psych, Päd., Jus) hieße, andere Fächer zu sperren.

Ja, Unipark wird schon beim Einzug zu klein sein. Problem, Uni konnte sich bei Verhandlungen nicht durchsetzen. Es musste vielfältig eingespart werden, zB Linoleum statt Holzböden.

W: Finanzierungsproblem wird anerkannt. Trotzdem beschämend, dass zB kein Platz für Kinderbetreuung. Gibt genug Mütter und Väter die studieren.

W: Off Topic: Als Arbeitsrechtler: Uni-Streik als Variante um mehr Geld zu kriegen?

W: Gehen wir eine Schritt weiter? Nicht nur Solidarisierung, sondern Uni-Streik!

W: Haben höchste Zuwachsraten im Vergleich mit allen österr. Unis Versteht nicht, warum wir nicht mehr Geld kriegen. Warum wir so machtlos sind. Ist einfach beschämend!

W: Frage der Geldzusage? Salzburg nur mit eineinhalb Millionen bedacht. Warum stehen wir nicht ganz oben? Ist VR beim Ministerium dieser Frage nachgegangen? Gibt's

da schon Neues?

R: Kinderbetreuung war für Erweiterungsbau geplant, dieser wurde mangels Finanzierungszusagen seitens Stadt/Land/Bund gestrichen. Alternativen im Unipark werden noch gesucht. Auslagerung gemeinsam mit anderen Einrichtungen in unmittelbarer Nähe wird gesucht. Bezüglich Unistreik sei der Vizerektor falscher Ansprechpartner, da Arbeitgeber und nicht Arbeitnehmer. Gibt zu bedenken, dass Streiks als Druckmittel oft überschätzt werden. Geschädigte wären in diesem Fall die Studierenden und man würde nicht lang durchhalten. Ministerium habe den längeren Atem.

Hinsichtlich der Ministerreverse von 34 Mio: Ursprünglich hieß es, die Uni Salzburg erhalte 1,5–2 Mio. Aufstellung zur Verteilung wurde angefordert. Mittlerweile Zusage für 2–2,5 Mio. Der Verteilungsschlüssel wurde jedoch immer noch nicht bekannt gegeben. Die Umsetzung einiger Forderungen könnten mit diesen Mitteln finanziert werden.

W: Wir müssen bundesweit die Forderung nach mehr Lehrpersonal und Unipark-Anbau anbringen.

W: Anregungen über die lose Solidaritätserklärung und die Denkpause am FB KoWi, stärkeres gemeinsames Vorgehen initiieren.

W: Gibt es Konzepte zum kurzfristigen Umgang mit dem Personalmangel?

R: Klare Forderung muss jene nach genügend Personal sein. Personelle Notbehelfe sind keine gute Botschaft. Der Personalmangel mancher Fächer kann nicht auf Kosten anderer Fächer gelöst werden, sondern das Globalbudget muss erhöht werden. Daher dankbar für die Proteste. Die Unis sind unterfinanziert.

W: Erneuerung der Aufforderungen nach einer uniweiten Denkpause. Zusätzliche könnte das Rektorat auch die Vernetzung mit anderen Universitäten verstärken.

W: Frage, ob es nicht absehbar gewesen sei, dass Autonomie und Globalbudget zum jetzigen Zustand führen mussten?

R: Begrenzte Autonomie der Universitäten hat nichts mit der Unterfinanzierung zu tun. Die Unterfinanzierung ist ein älteres Phänomen. Es gab lange kein gesellschaftliches Bewusstsein für die Unterfinanzierung. Die Autonomie ist insgesamt gut für uns, die frühere Abhängigkeit vom Ministerium war schlechter.

Die Universitätenkonferenz bezieht inzwischen klarer Stellung, auch aufgrund der Besetzungen. Europaweit kann man natürlich einen freien Hochschulzugang thematisieren. Allerdings haben die meisten europäischen Länder keinen freien Hochschulzugang. Die Diskussion ist notwendig, auch wenn die EU noch keine Zuständigkeit im Bildungsbereich hat. Einfluss des Rektorats wie auch der Universitätskonferenz sollte aber nicht überschätzt werden.

W: Frage hinsichtlich der Anzahl der Studienplätze: Wie sieht es bei jenen Fächern mit der gesetzlichen Verpflichtung zum Ausbau der Studienplätze aus? Gibt es da Konzepte? Existieren die notwendigen Absprachen mit anderen Universitäten?

R: Betrifft nur Psychologie. Deutlicher Ausbau ist vom Gesetz angeordnet. Wir haben dem Ministerium vorgerechnet, was der Ausbau kostet. Wir fordern vom Ministerium, die Kosten für die Uni Salzburg zu erstatten, die nach den Berechnungen anfallen. Da Ausbau erst für 2015 notwendig ist und aktuelle Leistungsperiode 2012 endet, wurde dies vom Ministerium noch nicht in die Leistungsvereinbarung aufgenommen.

W: Vielleicht unterschätzt das Rektorat seine Möglichkeiten. 20 Leute in Wien besetzen einen Hörsaal und jetzt sind Unis in ganz Europa besetzt. Solidarität als Lippenbekenntnis reicht nicht. Es braucht mehr Aktivität und Unterstützung des Rektorats und der Lehrenden.

R: Es muss jedeR mit den Mitteln arbeiten, die er/sie für richtig hält. Universitätenkonferenz hat schon im Frühjahr über Protestformen gegenüber der Bundesregierung geredet. Damalige Einschätzung pessimistisch. Hat sich inzwischen geändert. Konkrete Unterstützung sei

insbesondere dort möglich, wo es gilt, den Druck zu nutzen und das Parlament bzw. die Regierung zu einer Budgeterhöhung zu bewegen. Vieles von unserem Beitrag zum Protest sieht man auch nicht. Man muss wahrscheinlich öffentlicher und spektakulärer agieren. Werden das beherzigen.

W: Vielleicht ist der Gedanke zu extrem: Wäre es nicht auch ein denkbares Mittel des Protestes, dass man ein Semester lang an einem Fach einen Aufnahmestopp vorzusehen?

W: Ich verstehe nicht ganz, warum das Rektorat differenziert und nicht ähnliche Protestformen wie Studierende übernehmen können. Rektorat sehe nicht, dass Studierende Forderungen haben, die die bisherigen demokratischen Strukturen der Mitbestimmung in Frage stellen. Rektorat wolle den Protest in bisherige Strukturen (ÖH) zurückführen.

W: Rektorat hat gesagt, dass es damit drohe, den Vertrag mit der Mensa zu kündigen die Gefahr einer Schließung der Altertumswissenschaften. Wäre es nicht öffentlichkeitswirksamer, die theologische Fakultät zu schließen? Könnte man nicht damit Druck auf das Ministerium erhöhen?

R: Das müssten sie den KollegInnen der theologischen Fakultät erklären. Mehr als eine Schlagzeile erreicht man damit kaum. Wichtiger sei zu sagen, dass man nichts zusperren will. Will nicht die Altertumswissenschaft zusperren, diese war nur ein Beispiel für die Situation. Wir wollen ein breites Studienangebot bieten können. Bei spontanen Bewegungen wie dieser gibt es immer ein Repräsentationsproblem. Es sollte zwar Platz für Diskussionen außerhalb der ÖH geben, aber die Alternative zur Verhandlung mit der ÖH wäre eine Abstimmung unter Studierenden. Bei wichtigen Punkten wäre das durchaus denkbar.

Die **Studieneingangsphasen** sind daher so zu gestalten,
- dass die Lehrveranstaltungen die **thematische Breite der gewählten Studienrichtung** widerspiegeln.
- dass in Form eines **ausreichenden Anteils freier Wahlfächer** das **Kennenlernen anderer Studienrichtungen** ermöglicht wird.
- dass die Studierenden jedenfalls noch während dieser Phase die **gesetzlichen Prüfungswiederholungen** in Anspruch nehmen können.

Die **Gestaltung der Studieneingangsphasen** fällt in die **Zuständigkeit des Senats und der CK**, in denen die Studierenden vertreten sind. Die **Diskussion über die Inhalte** wird **in den nächsten Monaten** zu führen sein.

W: Die Studieneingangsphase soll einen guten Überblick über „das“ Studium geben. Wenn man „mehr Bildung statt Ausbildung“ fordert, sollen die Studieneingangsphasen (STEPS) daher einen guten Überblick über Studieren (d.h. auch über andere Fächer) generell geben. Auch mögliche Studienwechsel sollen hier frühzeitig besprochen werden. Betonung fächerübergreifender Inhalte wichtig.
W: STEP soll wirklich Überblick über weitere Fächer geben. Keine Knock-Out-Prüfungen. Weniger Leistungsdruck, da sonst der Schwerpunkt auf Orientierung verloren geht.
R: Zustimmung, nochmaliger Verweis auf die Zuständigkeit der CK
W: Prüfungsgestaltung ist besonders wichtig. Daher soll der Ball nochmals ans Rektorat gespielt werden.
W: Bündelung von Wahlfächern zu Modulen ist problematisch und als Aspekt einer fortschreitenden Verschulung zu sehen. Bericht aus Zuständigkeit des Rektorats, warum Ball retour an CK.
R: Bericht im UniRat war bezogen auf Bündelung von Wahlfachangeboten (z.B. Medienpass). R macht nur Angebot, CK haben Gestaltung im Curriculum zu übernehmen.
W: Über die Finanzierung nimmt das Rektorat Einfluss auf Studienpläne.
R: Manche Studienpläne haben insgesamt zu viele Stunden, insb auch zu viele Pflichtstunden. Früher gab es in manchen Fächern zu viel (beliebiges) Wahlangebot (bis zu 44 Stunden), jetzt haben wir oft zu wenig Wahl. Daher bin ich durchaus dafür, wenn in den betroffenen Studienplänen mehr Wahlmöglichkeiten geschaffen werden.

Pflichtpraktika sind daher aus den Studienplänen zu **streichen**.

Auch die **Diskussion über die Frage der Berechtigung oder Nichtberechtigung von Pflichtpraktika** ist **im Senat und in**

W: Gibt es un-/bezahlte Praktika im Rektorat?

R: Das Rektorat bietet keine Praktika an.

W: Unternehmen nutzen Studierende aus. Gratismarkt.

den betroffenen CK zu führen.

Daher Rufzeichen, wir müssen uns bewusst sein, dass mensch im Prinzip für Arbeit Geld erhalten soll. Es ist nicht richtig, dass Studierende ausgenommen werden. Die Uni ist eine der größten Betriebe Salzburgs, daher sollte sie - wie auch die ÖH - PraktikantInnen ausbilden und zwar mit entsprechender Entschädigung.

W: Es ist falsch, hier die Verantwortung wegzuschieben. Das Rektorat ist auch zuständig, den universitären Diskurs anzuregen. Wegschieben hier unangebracht, oder passiert das bewusst?

R: Aber wo sollen PraktikantInnen eingesetzt werden? Sind über 2.000 Personen, die angestellt werden. Zusätzliche Praktika müssten näher definiert werden. Diese müssten jedenfalls entsprechend honoriert werden.

R: Praktika in Unternehmen sind in der Regel per Arbeitsvertrag abzuschließen und nach Kollektivvertrag zu bezahlen, das ist einklagbar. Missbrauch muss an entsprechender Stelle bekämpft werden.

Praktika an Uni sind nicht zielführend. Gibt ohnehin TutorInnen, StudienassistentInnen etc.

W: Presseabteilung im Rektorat wäre Platz für KoWis. Einwirken des Rektorats auf CKen und FBe? Wo sind Praktika wirklich notwendig? Gibt es Kriterienkataloge, sind sie sinnvoll und gerecht bezahlt? Oft sind Pflichtpraktika vorgesehen, obwohl es in dem jeweiligen Fachgebiet kaum Praktikumsplätze gibt.

W: An der Politikwissenschaft sind 10% StudienassistentInnen/TutorInnen tätig. Pflichtpraktikum ist eine gute Möglichkeit für Studierende, ein Praktikum zu bekommen. Oft werden Praktikumsstellen gar nicht an Studierende vergeben, die das Praktikum nicht verpflichtend im Studium haben.

W: Anmerkung bzgl. Praktikumsstellen (PoWi), z.B. universitäre Verwaltung, Kontakt mit Politik selbst. Universität als Vermittlerin an Politik.

W: Anmerkung: 10% klingen toll, sind aber nur 8 Leute.

W: Sind 10 Studierende als TutorInnen und

StudienassistentInnen.

W: Dass Pflichtpraktikumsregelungen mehr Praktikumsplätze schafft, halte ich für Gerücht. Stattdessen wird Druck auf Studierende ausgeübt, unter Umständen auch schlechte Praktika anzunehmen.

W: Schlechte Praktika, gibt es die wirklich? Praktika können/sollen auch ersetzt werden. Ist jetzt schon so.

M: Erstens: Wie bekannt ist diese Möglichkeit, wie sehr wird sie vermittelt. Zweitens: Oftmals Henne/Ei-Frage, warum viele Praktikumsplätze nur im Rahmen eines Pflichtpraktikums vergeben werden. Sind es die Unis, die Pflichtpraktika einführen und die ArbeitgeberInnen, die darauf reagieren oder umgekehrt? Außerdem gibt es dieses Phänomen in erster Linie bei öffentlichen Institutionen, nicht so sehr bei privatwirtschaftlichen AnbieterInnen von Praktikumsplätzen.

W: Beispiel für unentgeltliches Praktikum (KoWi). Publikation auf Kowi: Befragung mehrerer hundert Studierender. Mehrzahl der Praktika war unentgeltlich und hatte nichts/wenig mit Inhalten des Studiums zu tun. Diskussion zum Rektorat zurück. Aber wie ist Positionierung dazu?

W: Ideen für Praktika an Uni. Bringschuld der Uni, wenn sie Praktika einfordert, soll sie auch anbieten. Z.B. EDV/IT-Services etc.

R: Positionierung? Von Studienplan zu Studienplan unterschiedlich. Herz hängt nicht an Pflichtpraktikum. Wahlpraktikum möglich. Aber was spricht auch dafür? In meisten Studienpläne gibt es keine Praktika. Ohne Scheuklappen diskutieren.

W: Wie soll weiter diskutiert werden?

R: Arbeitsgruppe behandelt auch dieses Thema.

W: Aufforderung an anwesenden Lehrenden, Pflichtpraktikum abzuschließen.

W: Pflichtpraktikum macht keinen Sinn wegen Ausnutzung. Praktika sollen daher frei sein.

Die Foyers in den Fakultäten (Salla Terrena auf der Juridischen Fakultät, Foyers auf der Naturwissenschaftlichen Fakultät und dem Haus der Gesellschaftswissenschaften, etc.) müssen einladend und als Treffpunkt gestaltet sein. Dies beinhaltet die Anschaffung von ausreichenden und gemütlichen Sitzgelegenheiten, die zentral d.h. nicht an den Seiten des Raumes) zu situieren sind.

Der HS 381 im Haus der Gesellschaftswissenschaften soll an einem fixen Wochentag ganzjährig von 17.00 – 4.00 Uhr für die Fortsetzung des offenen bildungs- und gesellschaftspolitischen Diskurses der entstandenen Bewegung kostenlos zur Verfügung stehen.

Hinsichtlich der **Raumwünsche** ist eine **genaue Prüfung der Möglichkeiten** erforderlich. Das Rektorat wird diese **umgehend in Auftrag** geben. Soweit möglich werden **zusätzliche Treffpunkte und Aufenthaltsräume geschaffen**. **Einzelne Hörsäle** (ohne technische Ausstattung) können **unter Tags geöffnet** bleiben. Es wird eine gemeinsame **Besprechung im Jänner** zur Finalisierung des Raumpakets vorgeschlagen.

Der **HS 381** wird an einem **fixen Wochentag am Abend** für den **bildungs- und gesellschaftspolitischen Diskurs kostenlos zur Verfügung gestellt**. Die genauen **Modalitäten** sollen mit dem Rektor **besprochen** werden.

M: Was heißt genau „Abend“?

W: Wochentag kann bestimmt später geklärt werden, aber es sollte schon ein Wochentag (nicht Freitag) sein.

Transparente sollten im HS verbleiben.

W: Könnte dieser HS (381) nicht auch am Wochenende Freiraum für Studierendenkultur und -politik sein?

W: Welche zeitliche Perspektive hat das Angebot?

R: Klarerweise steht das im Zusammenhang mit der Beendigung der Besetzung. Modalitäten können gerne verhandelt werden. Wir können als Perspektive für die Nutzung des HS an einem Wochentag gerne mal bis zum Ende des Studienjahres sagen. Ob die Transparente hängen bleiben können, muss ich mit dem Rektorat absprechen, habe aber persönlich nichts dagegen.

W: Was heißt „Abend“? Welche Uhrzeit?

R: Unser Problem ist, dass die Kosten für die Besetzung problematisch werden. Über die genaue Uhrzeit muss noch gesprochen werden. Zweite Frage betrifft die Art von Veranstaltung. Feste sind wegen der Lärmbelästigung und Strafanzeigen eine andere Angelegenheiten als Diskussionsveranstaltungen.

W: Gab es schon von den NachbarInnen Beschwerden wegen der Besetzung?

An jeder Fakultät soll für die Studierenden ein mit W-LAN ausgestatteter Arbeitsraum während der gesamten Hausöffnungszeit offen stehen.

Alle Hörsäle haben über den gesamten Tag offen zu stehen und dürfen außerhalb der Lehrveranstaltungen ebenfalls als Arbeitsräume genutzt werden.

Zur Förderung verstärkter Interaktion zwischen Studierenden fordern wir die Einrichtung eines autonomen Freiraums für Studierendekultur, welcher von den Studierenden als Treffpunkt genutzt und in Form einer basisdemokratischen Selbstorganisation verwaltet wird.

Einzelne Hörsäle (ohne technische Ausstattung) können **unter Tags geöffnet** bleiben

R: Rektorat bekommt bei jedem Fest Anzeigen. BürgerInnenmeister hat schon nachgefragt. Manche Leute sehen das als Lärmbelästigung. Auch im Zuge eines Festes bei der Besetzung ist das schon vorgekommen.

W: Wir fühlen uns für ein friedliches Zusammenleben mit den NachbarInnen verantwortlich.

R: Wurde angesprochen.

W: Die schriftliche Stellungnahme war nicht ganz klar.

R: Im Haus GesWi hat es massiven Widerstand wegen der „Strahlenbelastung“ gegeben; Ziel des Rektorat ist es flächendeckend W-Lan zu installieren; manchmal ist dies technisch nicht ohne weiteres möglich.

R: Es sind bereits Räume der ÖH und den StVen zur Verfügung gestellt. Ein weiterer Raum ist nicht unmöglich, es kommt auf das Platzangebot in den entsprechenden Bauten an.

W: ÖH-Räume in der Kaigasse sind Arbeitsräume der ÖH und keine Freiräume für Studierendekultur; de facto gibt es keine oder nur mangelhafte Freiräume für verschiedene Veranstaltungen. Das Foyer könnte genutzt werden, also entsprechend gestaltet und über das Wochenende geöffnet sein.

W: Andere Unis dieser Größe bieten ein studentisches Kulturzentrum an. Warum wurde dies bei der Planung des Uniparks nicht berücksichtigt?

R: Öffnung am Wochenende erfordert mehr Personal, das kostet sehr viel Geld; Rektorat kann hier keine Zusage geben. Gestaltung der vorhandenen Räume ist oft durch rechtliche Auflagen beschränkt. Ein studentisches Zentrum war meines Wissens im ursprünglichen Plan für den Unipark enthalten, aus Kostengründen jedoch gestrichen.

Wir rufen dem Rektorat in Erinnerung, dass bis 2015 gesetzlich alle Räume barrierefrei zugänglich gemacht werden müssen. Entsprechende Maßnahmen sind sofort zu ergreifen.

Die **Maßnahmen für den barrierefreien Zugang** werden **seit Jahren durchgeführt**. Es wurde weiters eine Erhebung unter Beiziehung externer ExpertInnen durchgeführt und auf dieser Basis ein **Stufenplan** für die Durchführung **festgelegt**. Die Behindertenbeauftragte ist dabei ständig eingebunden.

So ein Zentrum sollte aber in der Stadt realisiert werden (Anmieten entsprechender Räumlichkeiten).

W: Anregung zur Kostenintensivität der verlängerten Öffnungszeiten: Zugang durch Codes wäre eine Möglichkeit – Schulterchluss zw. Studierende und Rektorat bezüglich des Engagements für eine der Freigabe von Drittmitteln.

W: Räumlichkeiten im Foyer der GesWi könnten geöffnet werden, Koppelung der Bibliotheksöffnungszeiten mit den Hausöffnungszeiten

W: technische Zugangslösung ist gute Idee; den Studierenden soll mehr Vertrauen entgegengebracht werden, verantwortungsvoll mit den Räumlichkeiten umzugehen

W: Rektorat hat darauf hingewiesen, dass ExpertInnen damit beauftragt sind. Wann werden alle Barrieren beseitigt sein? Und könnten neben ExpertInnen auch die Betroffenen einbezogen werden?

W: ExpertInnen sind wichtig für die korrekte Umsetzung des Gesetzes. Es braucht aber die Einbindung der Betroffenen, um durch sie die notwendigsten Probleme primär angehen zu können.

W: Wir hatten hier einen interessanten Vortrag zum Thema von Christine Steger, die ursprüngliche Bedenken zerstreute.

W: Finde gut, dass etwas gemacht wird, aber es wird reichlich spät mit den entsprechenden Maßnahmen begonnen. Bsp. FB Germanistik: Es müssen Leute die Treppen hinaufgetragen werden, da die baulichen Maßnahmen fehlen. Studierende mit Beeinträchtigungen werden hier vom Studium ferngehalten. Es müsste doch möglich sein das Kurse in andere Räume verlegt werden.

W: Diese Möglichkeit gibt es, müsste aber mehr bekannt gemacht werden.

R: Bei allen Maßnahmen ist die Behindertenbeauftragte Frau Steger anwesend. Kann sie beauftragen, den Kontakt mit Betroffenen zu intensivieren. Diese Vorschläge sollten direkt an Frau Steger gehen. Das Gebäude der Germanistik

Die **Öffnungszeiten der Bibliotheken** müssen **ausgedehnt** werden:

- Öffnungszeiten der **Hauptbibliothek**:
Mo – Fr. 7.00 – 24.00, Sa und So 10.00 – 17.00 Uhr.

- Die **Öffnungszeiten** der **Fachbereichsbibliotheken** sollen wochentags den **Hausöffnungszeiten** angepasst werden, mindestens jedoch auf 8.00 – 20.00 Uhr und **Samstags** 9.00 – 14.00 Uhr ausgedehnt werden. **Kürzere Öffnungszeiten** sind nur bei **einstimmiger Zustimmung** der jeweils zuständigen **Fachbereichsräte** möglich.

- Die **Ausweitung** der Öffnungszeiten darf dabei **nicht auf Kosten der Beschäftigten** erfolgen, sondern muss durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel gewährleistet werden.

Die Anlagen sind auf dem **aktuellen Stand der Technik** zu halten. Dies gilt insbesondere auch für die **Software-Ausstattung**, welche Schritt für Schritt auch Alternativen aus dem Bereich von **Open Source** und freier Software enthalten soll.

Eine **Ausweitung der Öffnungszeiten** der Bibliotheken wird **angestrebt**.

Vorgeschlagen wird, die Bibliotheken mit der **höchsten Auslastung** zu **ermitteln** und zunächst in einem **Probetrieb** die Öffnungszeiten am Abend zu verlängern. Bei gegebenem **Bedarf** (der zu definieren ist) kann die Verlängerung dauerhaft durchgeführt bzw weitere Verlängerungen angestrebt werden.

Hinsichtlich der PC-Räume wird eine **Erhebung** durchgeführt, um die **Defizite zu ermitteln**. Es wird vorgeschlagen, diese Erhebung im Jänner 2010 mit den Studierenden zu besprechen. Darüber hinaus wird das Rektorat eine **konkrete Ansprechperson** benennen, bei der man **Beschwerden und Vorschläge**

wird in eineinhalb Jahren abgerissen, daher wird kein Lift mehr eingebaut. Eine Verlegung der LVen ist eine Option.
W: Evtl. Treppenlifte einbauen, die danach weiterverwendet werden können.

R: Kann jetzt keine genauen zeitlichen Zusagen machen. Müssen vorab den Bedarf klären. Werden nicht alles auf einmal umsetzen können. Haben das in der Vergangenheit versuchsweise gemacht, wurde von den Studierenden nicht ausreichend angenommen.

W: Bis wann kann diese Bedarfsanalyse machen?

R: Noch in diesem Jahr.

W: Wie wurde ermittelt, dass das Probeangebot nicht angenommen wurde? Bibliotheken werden ja auch als Arbeitsräume und nicht nur Buchausleihe genutzt. Was ist mittelfristig und was kurzfristig?

R: Gemessen wurden BesucherInnenzahlen und diese waren sehr gering. Neuer Vorstoß wird angegangen. Ist allerdings eine sehr teure Maßnahme. Ich halte die Arbeit in der Bibliothek für sehr sinnvoll und soll weiter beworben werden.

deponieren kann.

Um dem Engpass an verfügbaren PCs entgegenzutreten müssen entweder **weitere PC-Räume** zugänglich gemacht oder neue Räume adaptiert werden. Die **Kapazitäten** haben laufend dem **Bedarf angepasst** zu werden.

Zusätzlich soll sich die Universität Salzburg an Projekten wie etwa „**u:book**“ **beteiligen**, um so den Studierenden die Anschaffung verbilligter Hard- und Software zu ermöglichen.

Die Preise der Mensa müssen dementsprechend sozial verträglich

Eine **Beteiligung** an „u:book“ wird **geprüft**.

Es wird vorgeschlagen, die die Mensa betreffenden Punkte gemeinsam mit den

R: Es ist alles dazu gesagt worden: der Wille zu mehr solchen Räumen ist vorhanden; technische Erneuerungszyklen werden eingehalten; es wird eine Erhebung durchgeführt, dann werden Defizite beseitigt.
W: Der neueste Stand und die Funktionsfähigkeit der Technik trifft wohl nicht für den PC-Raum an der GesWi zu.

W: Wartung der Technik ist problematisch; IT-Services sollen personell verstärkt werden, sie sind offenbar überlastet.

W: Die Uni ist im Vergleich zu anderen in Puncto technischer Innovationen rückständig.

W: PLUS-Online ist keine Erfolgsgeschichte; zu oft ist man in der Curricularkommision von der technischen Möglichkeiten des PLUS-Online abhängig. Das ist kein akzeptabler Zustand. Was hat das Rektorat im Bezug darauf geplant.

R: PLUS-Online ist ein Problemkind. Das System wird in Graz gewartet und die sind wohl überlastet. PLUS-Online stellt dennoch eine Verbesserung zum früheren System dar, der Wechsel ist technisch so kurz nach der Einführung noch nicht effizient genug, die Studierenden sind aufgerufen diesbezügliche Schwachpunkte zu benennen. Es gibt auch kein vergleichbares Programm, das PLUS-Online ersetzen könnte. Auch wird PLUS-Online schon von vielen anderen Universitäten benutzt.

W: Verbreitete Nutzung ist kein Qualitätsmerkmal.

M: Es liegt der Vorschlag vor, möglichst zeitnahe mit der Mensa zu sprechen.

gestaltet sein.

Der Verzehr **mitgebrachter Speisen** muss nicht nur **erlaubt**, sondern hat durch Bereitstellung der entsprechenden **Infrastruktur** (Mikrowelle und Wasserkocher) **gefördert** zu werden.

Lebensmittel aus **lokaler bzw. Fair-Trade-Produktion** müssen **bevorzugt** verwendet werden.

Eine **Vergrößerung** der **überlasteten Mensa-Standorte** (insbesondere Haus für Gesellschaftswissenschaften) ist in Angriff zu nehmen.

Mensaverantwortlichen möglichst **zeitnah zu besprechen**. Sollte es darüber hinaus konkrete Beschwerden geben, ersucht das Rektorat um Bekanntgabe.

W: Ist die Mensa privatisiert? Wieviel Einfluss ist auf die Gestaltung der Mensa möglich? Uni kann auch Teeküchen für Studierende eröffnen.

W: Wie lange läuft der Vertrag mit der Mensa noch? Wann wäre ein Ausstieg möglich?

R: Würde es gut finden, wenn alle Protestbewegungen in Österreich diese Forderung an die Mensa GesmbH, die Eigentum des Bundes ist, und das Ministerium zu richten, um dann gemeinsam Druck auszuüben.

Der Vertrag kann jedes Jahr bei Wahrung der entsprechenden Frist gekündigt werden. Wir haben eine Einigung, nach langer Verhandlung, es nochmals mit der Mensa zu probieren. Bei mehr und differenzierteren Beschwerden ist ein Ausstieg denkbar. Druck sollte auch auf die Zentrale in Wien ausgeübt werden.

M: Was ist mit einer Teeküche?

R: Das kann im Raumpaket behandelt werden. Ziel sollte sein, an allen Studienstandorten Raum dafür zu finden. Das ist auch ein Auftrag an Wirtschaftsabteilung.

M: Erläuterung, wie weit geht die Drohung des Rektorats den Vertrag zu kündigen?

R: Uns ging es besonders um Qualitätsverbesserungen, auf der NaWi hat sich da auch schon etwas verbessert. Auch an den Preisen muss sich etwas ändern.

M: Was ist mit der stärkeren Nutzung von Fair-Trade-Produkten?

R: Generell unterstütze ich Fair-Trade-Produkte, aber es wird nicht immer möglich sein.

M: Die Formulierung in den studentischen Forderungen sieht vor, dass Fair-Trade-Produkte „bevorzugt“ werden.

R: Wird unterstützt soweit es keine rechtlichen Einschränkungen gibt.